

# TV-Tipp: Zwangsheirat einer 13-Jährigen



Sie lebt in Deutschland, ist 13 Jahre alt und soll in der Türkei zwangsverheiratet werden. Dem vom linksgrünen Mainstream entmenschten Umfeld ist sie egal, auch dem Jugendamt. Vermutlich stört ihr Schicksal das verordnete multikulturelle Wohlfühlempfinden. Nur die Mutter ihrer besten Freundin reist ihr in die Türkei nach. Der Bericht aus dem Vorjahr wird heute um 22.15 Uhr im *HR Fernsehen* wiederholt.

*(Spürnase: Proxima Centauri)*

---

## Ein „maskulin“ islamischer Mordversuch



Aylin K.: "Er hat mein Leben zerstört. Mit diesem Gesicht muss ich leben"

Die 36-jährige Türkin Aylin K. (Foto) wäre von ihrem kurdisch-muslimischen Mann Mehmet K. im Namen der „Ehre“ fast getötet worden. Er hat ihr Gesicht mit einem Messer komplett zerfetzt, schnitt ihr ein Ohr ab, schlitzte ihr den Kehlkopf auf, stach ihr in die Brüste und zerriss ihr die Milz. Aylin K. überlebte nur knapp. Sie kann nur sicher sein, solange er hinter Gittern ist. *SpOn* ordnet den unfassbaren Fall nicht etwa unter islamischer Gewalt ein, sondern unter „Maskulismus“ – eigentlich eine Beleidigung für alle „normalen“ Männer.

Er hat sie völlig entstellt und ihr Leben zerstört, doch ist er sich anscheinend keinerlei Schuld bewusst, wie im Prozess klar wurde:

*Während ihrer Befragung zeigte sich Mehmet K. betont unbeteiligt, blätterte in den Akten, vermied jeden Blick in ihre Richtung. „Kein Wort der Reue oder des Bedauerns kam ihm über die Lippen“, sagt Aylin K.s Rechtsanwältin Brigitte Kiechle.*

Das Opfer selbst sagt:

*„So viele Frauen leiden unter gewalttätigen Männern und haben Angst, sich zu wehren. Viele mussten deswegen sterben. Dass ich überlebt habe, ist ein Wunder, deshalb möchte ich denen, die keine Stimme mehr haben oder sich nicht trauen, Mut machen. Ich weiß, ich bin nicht die Letzte, der so etwas passiert“*

Die Tat geschah im November 2007, doch die Frau hat immer noch 15 Operationen vor sich. Selbstverständlich hat dies alles nur mit gewalttätigen Männern und Maskulinismus (siehe auch *SpOn*-Stichworte) und nichts mit dem Islam zu tun.

Noch ist die „ehrenvolle“ Tat nicht vollendet:

*Mehrere Zeugen haben in dem Prozess ausgesagt, dass Mehmet K. nach dem blutigen Gemetzel fast wie befreit schien, weil er offenbar glaubte, er habe die Mutter seiner drei Kinder getötet. Sie bescheinigten, dass er erschrak, als er erfuhr, dass sie überlebt hatte.*

Aylin K. weiß, dass ihr Mann sie immer noch töten will:

*„Er wird nicht aufgeben. Er denkt, er hat das Recht – und er glaubt, er hat das gut gemacht.“*

*(Spürnasen: Daniel O., Erupeananger, Corri und D Mark)*

---

## **Weiterer Jesuit als Totengräber Europas**



„Helft dem Islam,, ruft der ägyptische Jesuitenpater Samir Khalil Samir (Foto) den Christen Europas

zu. Sie sollen den Moslems auf ihrem Kontinent helfen, ihren Glauben auch unter europäischen Umständen zu leben. „Die Hoffnung des Islams ist Europa“, meint der im Libanon lebende „Islamexperte“. Das glauben wir auch. Allerdings sicher nicht so, wie der Pater es meint.

---

## Kofferbomber war schuldig

☒ Im Düsseldorfer Prozess gegen den verhinderten Kofferbomber berichtet der psychiatrische Sachverständige. Das Ergebnis seiner Untersuchung: Der junge Libanese war zwar psychisch mit den Anforderungen eines deutschen Ingenieurstudiums überfordert, aber nicht in einem psychischen Zustand mit Krankheitswert, der seine Schuldfähigkeit gemindert haben könnte.

Die Süddeutsche berichtet:

*Der mutmaßliche „Kofferbomber von Köln“ ist nach Ansicht des psychiatrischen Gutachters voll schuldig. Es gebe keine Hinweise auf eine psychiatrische Erkrankung des 23-Jährigen, sagte der Psychiater Norbert Leygraf an diesem Dienstag im Düsseldorfer Oberlandesgericht.*

*Es deute auch nichts darauf hin, dass der Libanese unter einer Bewusstseins- oder Persönlichkeitsstörung gelitten habe, als er mit einem Komplizen vor knapp zwei Jahren in zwei Regionalzügen Bomben deponiert habe. Die Sprengsätze waren wegen eines technischen Fehlers nicht explodiert.*

*Youssef El H. sei als Hoffnungsträger seiner Familie mit seinem Studium überfordert gewesen und sei als „Flucht nach vorn in die Rolle des islamistischen Gotteskriegers geschlüpft“, stellte Leygraf gemeinsam mit dem*

*psychologischen Gutachter Norbert Schalast fest.*

*Der in Düsseldorf angeklagte Libanese wirke nach außen hin „ausgesprochen freundlich und unaggressiv“. Mit seinem islamistischen Weltbild habe er dennoch die wahllose Tötung unschuldiger Menschen planen und vor sich rechtfertigen können.*

*Die Familie habe dem jüngsten von 13 Kindern trotz eher zweifelhafter Schulleistungen ein Ingenieurstudium in Deutschland ermöglicht. Wegen seiner schlechten Deutschkenntnisse hatte der Libanese bis zur Tat nicht einmal einen Studienplatz ergattern können. Er habe sich in einer „persönlichen Selbstwert-Krise“ befunden, zumal er auch beim „weiblichen Geschlecht keinen Erfolg“ vorzuweisen hatte.*

*Die Flucht in den Islamismus sei eine „im doppelten Sinne verfehlte Krisenbewältigung“ gewesen, habe seine Isolation noch gesteigert und die Integration verhindert. „Er war an einem Punkt angelangt, an dem er seinen Eltern sein beschämendes Scheitern hätte eingestehen müssen“, sagte Leygraf. Mit einem spektakulären Attentat habe er sein Bedürfnis nach Anerkennung befriedigen wollen. Dies zeige sich auch darin, dass er als Nummer 13 der Familie während der Tat ein Trikot des Fußball-Stars Michael Ballack mit der Rückennummer 13 getragen habe.*

Nicht schuldfähig, weil durch langjährige Lektüre der Süddeutschen total verblödet, sind dagegen einige Leser von Prantls Blättchen. Weil der Islam die Religion des Friedens ist, ist es für manchen Leser der Süddeutschen inzwischen außerhalb des Vorstellungsvermögens, dass ein Muslim überhaupt etwas Schlimmes planen könnte. Folgerichtig sprießen die absurdesten Verschwörungstheorien. Leserkommentare sollen ja viel über die journalistische Qualität ihrer Vorlagen verraten, behaupten Qualitätsjournalisten sonst gerne. Ob

Prantl auch die eigenen Kommentare liest?

---



## Neues von den Elchen

☒ In Schweden, dem Land der Elche, bemüht man sich aus unerfindlichen Gründen, politisch noch korrekter zu sein, als der Rest der europäischen Gutmenschen. Vielleicht hat man ein schlechtes Gewissen wegen der blonden Haare. Manchmal treiben es die Elche so toll, dass sogar die deutsche Tagesschau sich wundert.

Die Tagesschau berichtet über einen skandalösen Kindergeburtstag:

*Bekanntlich ist der neunte Geburtstag ein wichtiges Ereignis im Leben eines jeden Kindes. Da wird ganz genau geplant, mit wem man diesen Freudentag verbringen möchte. Bestimmt nicht mit Mitschülern, die einen herumschubsen und den ganzen Tag schikanieren. Und schon gar nicht mit Leuten, die einen selbst nicht zu ihrem Geburtstag eingeladen haben! Wieso auch?*

*Das dachte sich auch ein achtjähriger Zweitklässer aus dem schwedischen Städtchen Lund. Also schrieb er fleißig Einladungskarten an seine Freunde, nahm diese mit in die Schule und verteilte sie. Zwei Mitschüler, die zur beschriebenen Kategorie Mitschüler gehören, bekamen allerdings keine Einladung.*

*Doch da hätte das Geburtstagskind mal lieber die Anti-Diskriminierungsregeln seiner Schule besser gelesen. Das kann man von einem Zweitklässler doch wohl erwarten. Denn da steht klipp und klar: Wer auf dem Schulgelände Geburtstagsfeierlichkeiten verteilen will, der muss alle seine Schulkameraden einladen – oder eben gar keinen. Schließlich soll sich im Land der Elche und Billy-Regale niemand zurückgesetzt oder gar ausgestoßen fühlen. Auch nicht die Herumschubser! Also kam für den Klassenlehrer nur eine Maßnahme in Frage, das Unrecht zu bekämpfen: Alle Einladungen wurden wieder eingesammelt und konfisziert.*

*„Das hat meinen Sohn hart getroffen“, erzählte der Vater des Geburtstagskindes einer schwedischen Tageszeitung. Grundsätzlich sei er ja mit den Schulregeln einverstanden, aber den Kindern die Einladungen wieder abzunehmen, ginge zu weit. Das sei das gleiche, als klaue man jemandem seine Post. Also wandte sich der Vater an den Justiz-Ombudsmann seines Landes, der nun entscheiden muss. Bis Anfang September will er sein Urteil bekannt geben. Rechtzeitig zum neuen Schuljahr.*

Armes Schweden! Was ist nur aus dem Land geworden, in dem Astrid Lindgren uns einst Courage und Ehrlichkeit und den Mut zur eigenen Meinung lehrte.

*(Spürnase: Jeremy)*

---

# **Sklavenshaltung in Europas**

# Hauptstadt



Brüssel, die Stadt, welche unterstützt vom Europarat, eine Anti-Islam-Demonstration verbot und lieber die Islamisten tolerant aufmarschieren lässt, hat einen neuen Skandal. Eine arabische Scheichfamilie hielt in einem Luxushotel monatelang 17 Sklaven. Das fiel nicht weiter auf in einem Land und einer Zeit, wo jeder automatisch des Rassismus überführt ist, der bei islamischen Menschenrechtsverletzungen nicht schweigt.

*Vier arabische Prinzessinnen und ihre verwitwete Mutter sollen 17 Hausangestellte wie Sklaven gehalten haben – und das mitten in Brüssel, direkt vor den Augen der versammelten Prominenz aus Politik, Wirtschaft, Adel und Showgeschäft. Denn die Witwe eines Emirs und ihre Töchter wohnen seit fast einem Jahr in einem der teuersten Luxushotels der Stadt, dem „Conrad“.*

Aber eben diese Prominenz gefällt sich im Hofieren arabisch-muslimischer Menschenrechtsverletzer mit ihren märchenhaften Reichtümern und schmückt sich gerne mit Prinzen und Prinzessinnen aus 1001 Nacht. Kleine Sklaven guckt man gar nicht an, und politisch korrekt verachtet man auch nicht den Tyrannen an seiner Seite, sondern den Finger, der auf ihn zeigt.

*(Spürnasen: Wolf H., Phasael, Thomas, gnolf und Skeptiker)*



---

# Gesucht: Das unerschrockene Wort

PI-Leser Kybeline weist auf ihrem Blog „Europäische Werte“ auf einen Wettbewerb der Stadt Halle hin. „Gesucht werden couragierte und engagierte Menschen, die in einer besonderen Situation oder bei einem konkreten Anlass, aber auch beispielhaft über einen größeren Zeitraum hinweg für Gesellschaft, Gemeinde und Staat bedeutsame Aussagen gemacht und gegenüber Widerständen vertreten haben“. Kybelines Idee: Prominente Islamkritiker, die trotz Gefahr für Leib und Leben nicht kapitulieren, für den auf 10.000 Euro dotierten Preis vorschlagen. Leser HHborger beispielsweise würde Ralph Giordano vorschlagen. Die Vorschläge sollte man bis zum 4. August dem Kulturbüro Halle, Markplatz 1, 06108 Halle einsenden. Eine Begründung und eine Biographie der vorgeschlagenen Person sollten beigefügt werden.

*(Spürnase: Kybeline)*

---

## Wer ist ein Rechter?

☒ Beim anhaltenden und erbitterten Kampf „gegen rechts“ fragt sich mancher, wer wohl eigentlich dazu gehört, zu den so gefährlichen „Rechten“, die es mit staatlicher Unterstützung zu bekämpfen gilt. Spiegel-Leser wissen jetzt mehr darüber, denn der Spiegel schlägt Alarm: „Rechte drängen in den Studi-Rat“ betitelt das Magazin einen Bericht von der Uni Jena. Wer ist gemeint? Mitglieder des RCDS, der Studentenvereinigung der

CDU und alle, die einer Verbindung angehören. Also alle, die nicht explizit „links“ sind.

Der Spiegel warnt:

*Dass politische Kontrahenten auch an der Uni um die Macht in der Studenten-Vertretung wetteifern, ist nicht neu. Dass fast ein Viertel der Kandidaten in pflichtschlagenden Verbindungen aktiv ist, schon. 112 Bewerber stehen auf den Listen zur Stura-Wahl an der Uni Jena, 25 davon sind Burschenschafter. Sie kommen von der „Germania“, der „Arminia“, der „Kan Teutonia“ – und eine Studentin der Damenverbindung „ADV Amazonia“ ist auch dabei.*

*Fünf dieser Verbindungs-Studenten sind auch in der CDU-Hochschulgruppe RCDS, dazu kommen weitere 16 RCDS'ler, die nicht in einer Verbindung sind. Insgesamt stellt das konservative Lager damit 41 Kandidaten für die 29 Stura-Sitze. So viele rechte oder konservative Kandidaten gab es wohl nie zuvor. Und so viel Wahlkampf auch nicht. Im vergangenen Jahr noch nahm der RCDS zwar an der Wahl teil, zog aber nur mit einem Sitz in den Stura ein. Um die Wähler warb er damals nicht besonders.*

*Konservative für faire Cafeteria-Preise*

*Jetzt stehen die RCDS-Leute mit Luftballons, Zuckerwatte und Kuchen auf dem Campus, verteilen Flugblätter – und man muss sich beinahe wundern, dass Angela Merkel nicht persönlich im Wohnheim Klinken putzen geht.*

*Flankiert werden sie von den Burschenschaftern, die nicht offen auftreten. Das sei ein Teil der Strategie – so stellt es zumindest der Sprecher der Juso-Hochschulgruppe Frank Dörfler dar. Er selbst sitzt im Stura und wittert eine Kampagne der CDU-geführten Landesregierung hinter der plötzlichen Konkurrenz von rechts. Am Campus in Jena sei jetzt eine regelrechte Materialschlacht entbrannt. „Nächstes Jahr sind Wahlen in Thüringen, ein unkritischer Stura wäre da*

hilfreich“, sagt Dörfler.

Er findet vor allem bedenklich, dass die Verbindungs-Studenten nicht offen auftreten. Einigen Stura-Bewerbern recherchierte er über die Plattform Studi-VZ hinterher. So stieß er auf deren Mitgliedschaft in den Verbindungen. „Es ist legitim, dass sie kandidieren“, sagt Dörfler. „Doch die Studenten sollen wissen, wen sie wählen“.

Das Problem: Die Listen bei der Wahl tragen in Jena ein Motto, über das sich die politische Richtung der Kandidaten nicht immer erkennen lässt. Hinter Slogans wie „Für faire Cafeteria-Preise“, „Seminarplätze für alle“ oder „Mehr Dozenten“ stehen dieses Jahr auch öfters mal Verbindungsstudenten. Juso Dörfler: „Die Burschenschafter wollen sich über Tarnlisten in das Gremium mogeln.“

Weil fechten, trinken, singen und die Mitgliedschaft in einer Studentenverbindung aber jedermanns Privatsache ist, muss ein Kandidat sie nicht angeben, wenn er sich zur Wahl stellen will. Es gebe keine Pflicht, Freizeitaktivitäten offen zu legen, sagt dazu Frances Karlen, Vorsitzende des Wahlvorstandes.

RCDS will nicht in die Ecke der Burschenschaften

Was das Wahlrecht zur Stura-Wahl nicht vorsieht, setzte daraufhin eine vom Stura finanzierte Hochschulzeitung ins Werk. Auf dem Titel des „Akrützel“ vom 5. Juni prangte ein finster dreinblickender Verbindungsstudent mit Kappe und Schmiss. Darunter stand: „Dein neuer Studentenvertreter“. Im Innenteil wurden dann die Recherchen von Stura-Mitglied Dörfler verbreitet.

„Das war keine faire Wahlkampfberichterstattung mehr“, sagt Michael Hose, Vorstand des Jenaer RCDS. Er sieht sich in eine Ecke mit den Burschenschaften gestellt. Und da will er gar nicht stehen? Ja, es gebe zwar gleiche Ansätze bei bestimmten Grundwerten, sagt Hose, aber „wir haben zum Beispiel nie eine

*Absprache über einen gemeinsamen Wahlkampf getroffen“. Die plötzliche Präsenz der Gruppen sei purer Zufall und vielmehr Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Arbeit des aktuellen Sturas.*

Die Sorge der Spiegelredakteure um die Meinungshoheit linker Genossen in der Studentenpolitik ist nicht unbegründet. An vielen Universitäten, besonders den eher leistungsorientierten wie etwa der Technischen Hochschule Aachen befinden sich die zahlreichen K-Gruppen und andere Linksgruppierungen seit einiger Zeit auf dem Rückzug. Trotz „Kampf gegen Rechts“.



## **Kritik an Obama ist bei Google „Info-Müll“**



Google unterstützt offensichtlich die Präsidentschaftskandidatur von Barack Hussein Obama. Das größte Internet-Suchportal hat tagelang Google Blog-Seiten als

Spam blockiert, weil Kritik an Obama angeblich „Info-Müll“ sei. Den Kritikern des US-Präsidentschaftskandidaten Barack Hussein Obama fehlt es wahrhaft nicht an Material für ihre Blogs. Sehr zum Ärger von Google, wie *SpOn* berichtet.

Man versuchte, mehrere Obama-kritische Blogger zum Schweigen zu bringen.

Die betroffenen Blogs haben von Google letzte Woche eine Nachricht erhalten, ihre Seiten wären als potentielle Spamblogs identifiziert worden. In der E-Mail stand:

*Es wird Ihnen nicht möglich sein, Nachrichten auf Ihrem Blog zu veröffentlichen, bis wir Ihre Seite überprüft und bestätigt haben, dass es sich nicht um ein Spamblog handelt.*

Die meisten Betroffenen standen im Verbindung mit der Obama-kritischen Seite JustSayNoDeal.com.

Hinter der Google Blogger-Attacke könnten nebst dem Unternehmen selbst Obama-Anhänger stecken, die massenweise Meldungen an Google geschrieben und die betroffenen Blogs als Spam markiert haben.

*Das ist bei Google-Blogs nämlich ganz unkompliziert möglich: Wer glaubt, dass es sich bei einem bestimmten Blog um Spam handelt, klickt einfach ein dafür vorgesehenes Symbol an – und schon erhält Google eine Warnmeldung.*

Wären die Beschwerden Google nicht gerade recht gekommen, wären die Blogs dennoch nicht gesperrt worden, denn in den Erläuterungen zur die Warn-Funktion heißt es deutlich:

*Sie kann nicht von wütenden Mobs manipuliert werden.*

Im Zusatz sollte es wohl eher heißen: „Sie kann nicht von wütenden Mobs manipuliert werden, außer von Anhängern der Religion des Friedens und ihren Freunden.“

(Spürnase: Bürger)

---



## Frankreich: Kampf ums Referendum



Der Gesetzgebungsausschuss der französischen Nationalversammlung will das Referendum in der Verfassung beibehalten. Die Türkei hat damit noch nicht definitiv den französischen Segen. Der Ausschuss stimmte nach Angaben von Yahoo-News einem Antrag von Jean-Luc Warsmann (UMP) zu, Artikel 88 Absatz 5 der Verfassung beizubehalten, wie er 2005 im französischen Grundgesetz verankert wurde.

Die Abgeordneten hatten in erster Lesung die automatische Volksabstimmung gutgeheißen für den Fall, dass ein Land der EU beitrifft, dessen Bevölkerung mehr als fünf Prozent der europäischen Bürger ausmacht. Eine Vorkehrung, die man im Hinblick auf den EU-Beitritt der Türkei getroffen hatte. Doch der Senat war dagegen.

In zweiter Lesung hat sich nun der Gesetzgebungsausschuss gestern für die Beibehaltung der gegenwärtigen Verfassung inklusive Referendumsoption und damit einer möglichen Volksabstimmung über den EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen.

Der nächste Schritt im Kampf ums Referendum wird demnach die Diskussion im Plenum am 8. Juli sein. Letztendlich müssen einer Verfassungsänderung sowohl das Parlament als auch der Senat zustimmen. Damit die Änderung durchkommt, braucht sie beim Treffen von Parlament und Kongress in Versailles eine drei fünftel Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Gegenwärtig sieht es allerdings so aus, als würde die Verfassungsreform scheitern. Damit wäre das letzte Wort Frankreichs zum EU-Beitritt der Türkei noch lange nicht gesprochen.

*(Spürnase: Anne H.)*

---

## **Die Polit-Kommissare der neuen Heilslehre**



In der *FAZ* las man gestern Interessantes: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), ihres Zeichen Gralshüterin von Gleichberechtigungs- und Antidiskriminierungswahn, hat einmal mehr eine Studie über die Chancen am aktuellen und zukünftigen Arbeitsmarkt vorgelegt.

## *Gastbeitrag von X-tian*

Wie kaum anders zu erwarten ist, heißt es dort:

*Die Studie, die alljährlich von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ausgearbeitet wird, zeigt zudem, dass die Beschäftigungschancen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Deutschland „sehr ungleich verteilt sind“, wie es in dem Papier heißt. Insbesondere Frauen und Migranten seien davon betroffen.*

Schon oft hat diese Organisation die Völker Europas mit penetrantem Nachdruck darauf hingewiesen, dass es Rassismus und Fremdenfeindlichkeit der autochonen Bevölkerung seien, welche den Migranten schlechtere Berufs- und Bildungschancen einräumen. Wir wissen ja, dass ganze Heerscharen rechtsradikal motivierter Lehranstalten in Deutschland versuchen ihre Klassen mit gnadenlosen Ausgrenzungsmethoden ethnisch zu säubern. Woher sonst käme in vielen westdeutschen Schulen ein Ausländeranteil jenseits der 50%, welcher mittlerweile selbst dem linken Bildungsbürgertum schwer zu schaffen macht. Im einem sehr lesenswerten Artikel des linksliberalen *Berliner Tagesspiegel* heißt es dazu nur süffisant: „Die Kreuzberger Mittelschicht nimmt einiges in Kauf, aber nicht mehr alles“.

In der Analyse präsentiert uns der neue OECD Bericht also nichts Neues. Regelrecht Angst aber kann man bekommen, wenn man die Lösungsvorschläge dieser Mammutorganisation liest:

*Als Therapie gegen dieses Phänomen schlägt die OECD vor, die Antidiskriminierungsbehörden dazu zu ermächtigen, auch bei fehlenden Beschwerden Untersuchungen einzuleiten und bei Verdacht auf Diskriminierung gegen Unternehmen vorzugehen. Zwar lobt die Organisation die deutsche Antidiskriminierungs-Gesetzgebung, fordert jedoch in dieser Hinsicht noch weiter reichende Gesetze.*



Man fragt sich wirklich, wie weit es mit unseren politisch korrekten Gesinnungskommissaren noch kommen kann. Sie fordern ein eigeninitiatives Ausschnüffeln potentieller Gesinnungsverbrecher – selbst dort, wo es keinerlei Beschwerden von echt oder vermeintlich Betroffenen gibt. Da ist der Weg zum Einschleusen informeller Mitarbeiter in Kleingärtenkolonien, Sportvereinen, Volkshochschulen und indianerspielenden Freizeitgruppen nicht mehr weit. Dieser fanatische Gleichberechtigungsfetischismus gilt selbstverständlich nicht für Autoren von „rechtskonservativer Publikationen“, deren Berufswege unter dem Jubel der Lokalpresse schnell und nachhaltig zerstört werden. In solchen Fällen reicht sogar „Patriotismus als Kündigungsgrund“, wie im Fall eines Berliner Polizeidozenten, der vor Jahren für die Wochenzeitung *Junge Freiheit* Artikel verfasst hat.

Im Namen einer verlogenen Gleichberechtigung werden Freiheit und Liberalität zerstört. Der Geist des jakobinischen Wohlfahrtsausschusses der französischen Revolution lässt herzlich grüssen. Glücklicherweise geht laut FAZ dieser Wahnsinn selbst den potentiell Betroffenen zu weit:

*Doch selbst Gewerkschaftern, die sich stark für das Antidiskriminierungsgesetz eingesetzt haben, würden noch weitere Maßnahmen zu weit gehen: „Noch mehr Gesetze könnten in dieser Hinsicht kaum etwas erreichen“, sagte Nafiz Özbek, Leiter des Ressorts Migration bei der IG Metall.*

Aber seit wann kümmern sich Ideologen um Betroffene?